



Ausgabe 1
April 2009
www.pronats.de
info@pronats.de

ProNATs NEWS

Editorial

Willkommen zur ersten Ausgabe von *ProNATs News*! Mit *ProNATs News* wollen wir gezielt über Vorgänge, Ideen und Erfahrungen berichten, die mit Kinderarbeit, arbeitenden Kindern und Kinderrechten zu tun haben. Insbesondere wollen wir die Sichtweisen und Initiativen der arbeitenden Kinder zu Wort kommen lassen, die sich in Afrika, Asien und Lateinamerika in eigenen sozialen Bewegungen zusammengefunden haben. Doch wir wollen den Blick nicht nur auf andere Kontinente richten, sondern auch Erfahrungen in Europa aufgreifen und uns mit hiesigen Politikansätzen zur Kinderarbeit auseinandersetzen.

Die Beiträge werden kurz gehalten sein. Sie können unter Quellenangabe beliebig weiter verwendet werden. Zusätzlich geben wir Hinweise auf Webseiten und Veröffentlichungen, wo die in *ProNATs News* angesprochenen Ereignisse und Themen genauer dargestellt und analysiert werden. Die Redaktion von *ProNATs News* arbeitet mit einer Redaktionsgruppe in Italien zusammen, die dort einen ähnlichen Informationsdienst herausgibt.

Der Informationsdienst *ProNATs News* erscheint viermal im Jahr und kann unter info@pronats.de kostenlos online abonniert werden. Die Redaktion freut sich nicht nur über Leserinnen und Leser, sondern auch über Beiträge derselben. Ebenso sind uns kritische Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge willkommen.

Viel Vergnügen und Informationsgewinn bei der Lektüre dieser ersten Ausgabe wünscht *die Redaktion*

Inhalt dieser Ausgabe:

- S.2:** Bolivien: Neue Verfassung gibt Kindern das Recht, in Würde zu arbeiten
- S.3:** Peru: 40 Kinder in Goldmine verschüttet
- S.4:** Indien: "Khazana", eine Bank in den Händen arbeitender Kinder
- S.6:** Einkommen aus würdiger Arbeit. Initiativen der Afrikanischen Bewegung arbeitender Kinder und Jugendlicher
- S.8:** "Hier geblieben!" Eine Initiative in den USA zum Schutz von Kindern von Immigranten
- S.9:** Auseinandersetzung mit Kinderarbeit gefordert. Deutsches NRO-Forum Kinderarbeit nimmt zur EU-Kinderpolitik Stellung

Impressum:

Herausgeber:
 ProNATs e.V.
Redaktion dieser Ausgabe:
 Mareike Fiedler, Anja Friedrich, Manfred Liebel, Ina Nnaji und Hella Schleef
V.i.S.d.P.:
 Philip Meade

Bolivien: Neue Verfassung gibt Kindern das Recht, in Würde zu arbeiten

Die neue Verfassung Boliviens, die am 25. Januar 2009 in einem Referendum bestätigt wurde, nimmt erstmals Abstand von einem generellen Verbot der Kinderarbeit und bemüht sich um eine differenzierte Regelung. In Artikel 61, der in Absatz 1 „jede Form von Gewalt gegen Kinder, in der Familie ebenso wie in der Gesellschaft“ verbietet und mit Strafe bedroht, heißt es in Absatz 2: „Zwangsarbeit und Ausbeutung von Kindern sind verboten. Aktivitäten, die Kinder im familiären und sozialen Rahmen ausüben, dienen ihrer integralen Entwicklung (formación) als Bürgerinnen und Bürger und haben eine bildende Funktion. Die institutionellen Rechte, Garantien und Mechanismen des Schutzes sind Gegenstand einer besonderen Regulierung.“ (eigene Übersetzung von ProNATs e.V.)



Mit dieser Formulierung wird anerkannt, dass auch die Arbeit von Kindern eine positive Bedeutung für die Gesellschaft und die Kinder selbst haben kann. Als entscheidend gelten die Bedingungen, unter denen sie ausgeübt wird. Mit dem Hinweis auf den „familiären und sozialen

Rahmen“ wird positiv Bezug genommen auf die aktive Rolle von Kindern in der familiären und sozialen Ökonomie, wie sie seit Jahrhunderten in indigenen Gemeinschaften praktiziert wird. Zwar erweckt der Verfassungsartikel den fragwürdigen Eindruck, dass Ausbeutung durch ein Verbot aus der Welt geschafft werden könne, aber er unterstützt auch die Bestrebungen, für und mit Kindern neue Formen von selbstbestimmter und kooperativer Arbeit zu entwickeln.

In einem früheren Entwurf der Verfassung war noch ein generelles Verbot von Kinderarbeit vorgesehen. Die nun beschlossene neue Formulierung ist teilweise das Ergebnis von Protesten und Vorschlägen der „Bewegung arbeitender Kinder und Jugendlicher Boliviens“ (UNATsBO), die die Unterstützung indigener Abgeordneter der Verfassungsgebenden Versammlung fanden. Sie ist im Kontext von Artikel 46 zu lesen, in dem jeder Person ungeachtet ihres Alters das „Recht auf würdige Arbeit“ zugesprochen wird. In naher Zukunft wird es von den arbeitenden Kindern und ihrer Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Organisationen abhängen, ob die in dem Artikel vorgesehene „besondere Regulierung“ den Kindern definitiv das Recht sichert, in Würde zu arbeiten und gegen jede Form von Ausbeutung und Zwang angemessen geschützt zu werden. *M.L.*

Weitere Informationen auf Spanisch: www.molacnats.org

Peru: 40 Kinder in Goldmine verschüttet

Stellungnahme der Bewegung der arbeitenden Kinder Perus (MNNATSOP)

Die Bewegung der arbeitenden Kinder Perus (MNNATSOP) äußert ihre Empörung und Sorge über die Situation in den Goldminen von Winchumayo (Departement Puno), wo Tag für Tag Kinder und Jugendliche ihr Leben lassen müssen. Die Menschen an diesem verlassenem Ort können nur überleben, indem sie mit bloßen Händen und unter Einsatz von Dynamit nach Gold suchen. Sie müssen sich in der vergifteten Luft aufhalten, die durch die Sprengungen entsteht, und können Hunger, Müdigkeit und Schmerzen nur überste-



hen, indem sie Unmengen an Cocablättern kauen. Neben den Erwachsenen arbeiten in den Minen viele Kinder von 11 bis 17 Jahren. Sie erleben hier die ersten Schläge ihres Lebens und müssen sich in einem perversen Teufelskreis behaupten. Sie tun es oft, indem sie aus Stolz ihre Schmerzen verschweigen.

Am 2. März 2009 kamen in Winchumayo unter einer Schlammlawine mehr als 40 Kinder ums Leben. Angesichts fehlender Alternativen, hatten sie auf ihre Weise versucht, ein besseres Leben zu erreichen. Wie diese Kinder in ihrem kurzen Leben werden weiterhin viele Kinder Tag für Tag auf skrupellose Weise ausgebeutet, weil sie noch immer billig zu haben sind. Auch in anderen Regionen unseres Landes sterben und verschwinden immer wieder Kinder, ohne dass ihnen eine Träne nachgeweint wird. Wo bleiben ihre Rechte? Wer sorgt sich um sie? Sollen wir weiter mit gekreuzten Armen zusehen, während Dutzende von Kindern in den Minen sterben?

In Kürze wird der 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention gefeiert, doch in unserem Land werden diese Rechte täglich mit Füßen getreten. Insbesondere den Kindern in den ländlichen Gebieten der Anden und des Amazonas werden Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und eine angemessene Ernährung vorenthalten. Also was bedeuten diese Rechte überhaupt?

Lima, März 2009 (Übersetzung: M.L.)

Original der Erklärung in Noticias Breves n° 8 unter: www.ifejants.org

Indien: „Khazana“, eine Bank in den Händen arbeitender Kinder

Obwohl Indien aufgrund wirtschaftlichen Wachstums zu den so genannten Schwellenländern der Welt zählt, leben dennoch unzählige Menschen in Armut. Dies trifft insbesondere auf jene zu, die der untersten gesellschaftlichen Kaste oder einer religiösen Minderheit angehören. Deren Kinder haben häufig keine Möglichkeit, die Schule zu besuchen, da sie täglich in Fabriken arbeiten oder zum Einkommen der gesamten Familie beitragen, indem sie auf den Straßen indischer Metropolen als Müllsammler, Schuhputzer, Träger oder Verkäufer ihr Geld verdienen. Da ihre Arbeit keinerlei gesellschaftliche Anerkennung findet und sich durch die nationale Gesetzgebung zumeist im Rahmen der Illegalität bewegt, werden die Kinder in ihrem Alltag von Erwachsenen oftmals ausgebeutet, vertrieben, misshandelt, beschimpft oder gar ihres geringen Einkommens beraubt.

Diesen Problemen zum Trotz, hat sich Mitte der 90er Jahre in Delhi erstmals eine Gruppe von arbeitenden Kindern zusammengeschlossen mit dem Ziel, ihr Schicksal von nun an selbst in die Hand zu nehmen. Dabei kristallisierte sich schnell heraus, dass nicht die Arbeit als solches ein Problem darstellte, als viel mehr die damit einhergehende Perspektivlosigkeit, bedingt durch den fehlenden Zugang zu öffentlichen Institutionen, in denen sie ihr auf der Straße erwirtschaftetes Geld sicher und langfristig aufbewahren können. Folglich haben die Kinder mit Hilfe der ansässigen NGO *Butterflies* ihr eigenes Kredit- und Sparsystem entwickelt, welches 2001 offiziell als "Children's Development Bank/Khazana" Beachtung fand.

Inzwischen ist die Bank mit einer Mitgliedschaft von über 6000 Kindern in mehreren Ländern Süd- und Südostasiens aktiv.

Als ein integraler Bestandteil im Leben dieser Kinder setzt sich die Struktur der Bank ausschließlich aus den Erfahrungswerten und Ideen ihrer Mitglieder zusammen. Die arbeitenden Kinder betrachten sich somit gleichermaßen als Zielgruppe und Bankbesitzer. Erwachsene (in Indien sind dies Mitarbeiter der NGO *Butterflies*) stehen den Kindern als Berater zur Seite.



Jeden Abend in der Woche sammelt ein Kind, das „ehrenamtlich“ Aufgaben der Bank ausübt, das Geld der „Kunden“ ein, welches später auf das dafür extra eingerichtete Bankkonto der unterstützenden NGO eingezahlt wird. Die dort erbrachten Zinsen stehen den Kindern jederzeit zur Verfügung. Die Kinderbank orientiert sich allgemein an bereits existierenden Mikrofinanzierungsprinzipien, versteht sich aber im Gegensatz zu herkömmlichen Kreditinstituten als eine kooperative und nicht-profitorientierte Initiative, die ein



höchstmögliches Maß an Transparenz und die Partizipation aller Mitglieder anstrebt. Zu diesem Zweck vertreten einige gewählte Kinder die Interessen Aller in wöchentlich stattfindenden Komiteesitzungen. Während dieser Sitzungen werden Probleme besprochen, interne Regeln aufgestellt und Kritiken geäußert.

Prinzipiell hat jedes arbeitende Kind im Alter von 9 bis 18 Jahren das Recht, ein Konto zu eröffnen. Auszahlungen erfolgen für den

Erwerb von Schulmaterialien, zur Deckung anfallender Gesundheitskosten oder in Form eines Darlehens, um eine langfristige wirtschaftlich orientierte Aktivität finanziell anzukurbeln. Diese Kreditform wird Mitgliedern ab dem 15. Lebensjahr zugestanden. Bevor jedoch eine Auszahlung erfolgen kann, muss der eingebrachte Vorschlag zunächst vom Komitee geprüft und bewilligt werden, während zeitgleich mit dem Kreditnehmer ein realistischer Zeitplan vereinbart wird, in dessen Rahmen der Kredit einschließlich geringfügiger Zinsen zurückgezahlt werden soll.

Die Bank eröffnet den Kindern die einzigartige Möglichkeit, sich durch erspartes Geld in Zeiten der Not auszuhelfen und darüber hinaus beruflich weiterzuentwickeln. Sie lernen dabei auch, was es bedeutet, seine Rechte wahrzunehmen, Verantwortung für sich und andere zu tragen und sich aus eigener Kraft eine bessere Lebensgrundlage zu schaffen. A.F.

Weitere Informationen (auf Englisch): www.butterflieschildrights.org

*Fotos: Eine der Geldausgabestellen der Kinderbank in Delhi (S.4)
Bei einer Straßenschule der NGO Butterflies (S.5)
Beide Fotos (c) Philip Meade*

Einkommen aus würdiger Arbeit. Initiativen der Afrikanischen Bewegung der Arbeitenden Kinder und Jugendlichen

Seit einigen Jahren entstehen in der Afrikanischen Bewegung der Arbeitenden Kinder und Jugendlichen (AMWCY) Arbeitsprojekte, sogenannte *Income Generating Activities* (IGA), mit denen die Kinder in selbstbestimmter Weise lebensnotwendiges Einkommen erwirtschaften. Sie ermöglichen den Kindern und Jugendlichen, sowohl ihren Lebensunterhalt und Ausgaben für den Schulbesuch zu bestreiten, als auch verschiedene Projekte und Aktivitäten der Bewegung durchzuführen. Die Entscheidung, welche IGA von den jeweiligen Grass-Root-Gruppen realisiert wird, entscheiden die lokalen Kinderkomitees der Bewegung. Die Anschubfinanzierung erfolgt entweder aus dem eigenen Privatbudget der Kinder oder aus Spenden.

IGAs können unterschiedlichste Arbeiten umfassen, wie Cateringservice, Landarbeit, Verkauf von Telefonkarten für Mobiltelefone, Herstellung von Seifen, Waschmittel, Klebstoff oder Öl aus örtlich vorhandenen Rohstoffen, Schneiderei, Zucht und Verkauf von Hühnern oder Fischen etc. Die Kinder und Jugendlichen der Bewegung

stellen in der Regel Bedarfsgegenstände oder Lebensmittel für die ansässige Bevölkerung her und versuchen sie zu verkaufen. Das ist nicht immer einfach. Um eine Idee rentabel zu machen, muss zunächst eine genaue Marktstudie des lokalen Umfelds gemacht werden. Oftmals ist diese Umgebung bereits von einfachen Ideen überflutet und man ist gezwungen, sich Kapital und Knowhow für komplexere Projekte zu beschaffen. Nicht immer haben die lokalen



Assoziationen das Glück, dass ihnen - wie in Cotonou oder Zinvie (zwei Städte in Benin) - der König ihrer Region oder der *Chief of the village* jeweils ein Feld zur Verfügung stellt, um neben der Hühnerzucht auch ein Feld zu bestellen und somit eine weitere Einkommensquelle zu haben. Um die Unterstützung von lokalen Autoritäten zu finden, muss im Vorfeld versucht werden, durch Kampagnen und Aktionen einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen.

In der Regel ist nämlich aller Anfang schwer. IGAs erfordern - so Suru Boyon, der nationale Delegierte der Nigerianischen Bewegung arbeitender Kinder und Jugendlicher - ein hohes Maß an Ernsthaftigkeit gegenüber der Bewegung. Denn IGAs werden neben der eigenen Arbeit meist an Wochenenden durchgeführt und falls man nicht das Glück hat, eine IGA auf der Basis von Spenden zu initiieren, muss jedes Mitglied der Bewegung eine kleine Summe eigenen Geldes beisteuern. Das Geld, das die Kinder und



Jugendlichen aus den IGAs erwirtschaften, kommt nicht nur dem Budget der Kinder zugute, sondern ist zu einem Großteil für die Gemeinschaftskasse der Assoziation bestimmt. Nur ein kleiner, von den Kindern selbst festgelegter Teil des Erwirtschafteten erhält das an der IGA beteiligte Kind als eine Art Aufwandsentschädigung. Fednand Totin, der Nationale Delegierte der Bewegung in Benin, erklärt dies anhand folgenden Beispiels: In seinem Dorf Sô-Tchanhue unterhalten die Kinder und Jugendlichen der Bewegung einen Catering-Service und verleihen Geschirr, Besteck, Zelte, Stühle u.a. für Begräbnisse, Hochzeiten und andere Feste. Wenn ein Kind oder Jugendlicher durch die Vermittlung eines Kunden beispielsweise 500 CFA eingebracht hat, so steht dem/r Vermittler/in 150 CFA (0,22 €) zu, und die übrigen 350 CFA (0,53€) gehen in die Gemeinschaftskasse.

Die IGAs sind Ausdruck dafür, dass die Kinder und Jugendlichen die Ziele und Aufgaben der AMWCY tatsächlich ernst nehmen und Teile ihrer Freizeit dafür opfern, um eigenes Geld zu für ihre Projekten und Aktionen zu erwirtschaften und ihre Rechte publik zu machen. So nutzen sie das Geld beispielsweise für Treffen mit den Eltern von Kindern in ihren Dörfern, um mit ihnen über die richtige Erziehung der Kinder zu sprechen und um den Eltern klar zu machen, dass sie ihren Kindern zuhören müssen und ihre Kinder ernst nehmen müssen. Auch verwenden sie das Geld, um Feste zu feiern, auf denen sie auf die Bewegung aufmerksam machen und neue Mitglieder gewinnen. Insofern sind die IGAs das Herz der Bewegung und zeigen, dass die Kinder und Jugendlichen nicht warten, bis jemand kommt, um ihnen zu helfen, sondern dass sie versuchen, sich selber zu helfen. *I.N.*

Weitere Informationen (auf Französisch und Englisch): <http://eja.enda.sn>

Hier geblieben! Eine Initiative in den USA zum Schutz der Kinder von Immigranten

In den USA haben Immigranten, die in New York und New Jersey leben, die Hauptstadt des Landes aufgesucht, um das Abgeordnetenhaus unter Druck zu setzen und die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz der Kinder, deren Eltern von Abschiebung bedroht sind, voranzutreiben.

Das Projekt - bekannt unter dem Namen Child Citizen Protection Act (CCPA) - wurde dieses Jahr erneut von dem Abgeordneten José E. Serrano (NY) präsentiert. Mit ihm sollen Richter, die mit der Abschiebung von Immigranten befasst sind, veranlasst werden, mehr Feingefühl für die Situation der ebenso betroffenen Kinder zu zeigen. „Wenn das Gesetz beschlossen wird, werden meine Kinder, die Staatsbürger dieses Landes sind, nicht ohne eine Mutter aufwachsen müssen, sie werden die Schule nicht verlassen müssen und werden nicht gezwungen, in ein Land zu gehen, das sie kaum kennen“, sagte Pauline N. von der Delegation aus New Jersey.

Manisha Vaze von „Familien für die Freiheit“ teilte mit, dass die Gruppe der Immigranten erreicht habe, sich mit drei Vertretern des Senats und 22 Abgeordneten zu treffen, um Unterstützung für die Initiative zu finden. „Sie hörten die Geschichten von Menschen, die von Razzien und Deportationen betroffen waren“, erklärte Vaze. Juan Rodríguez aus New Jersey berichtete von Kindern, „die sich in Banden zusammengeschlossen haben oder Drogen verkauft, da ihre Eltern verschleppt wurden.“ Er gab an, die Abgeordneten hätten ihnen aufmerksam zugehört. Die Senatoren, die aufgesucht wurden, waren: Charles Schumer aus New York sowie Robert Menéndez und Frank Lautenberg aus New Jersey. *M.F.*



Zu ähnlichen Initiativen in Deutschland siehe die Webseiten von „Jugendliche ohne Grenzen“ www.jogspace.net und des „Aktionsprogramms Hiergeblieben!“ www.hier.geblieben.net. Derzeit betreiben sie gemeinsam die Kampagne „Stimmen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte“: www.stimmen09.de

Differenzierende Ausein- setzung mit Kinderarbeit gefordert

Deutsches NRO-Forum Kinderarbeit nimmt zur EU-Kinderpolitik Stellung

Das *Deutsche NRO-Forum Kinderarbeit*, in dem *ProNATs e.V.* neben *terre des hommes*, *Kindernothilfe*, *Brot für die Welt* und anderen Nicht-Regierungsorganisationen mitarbeitet, setzt sich u.a. kontinuierlich mit den Politikansätzen der Europäischen Union auseinander. Insbesondere nimmt das NRO-Forum zu Politikbereichen Stellung, die sich auf Kinderrechte und Kinderarbeit beziehen. Die jüngste Stellungnahme, die am 3. März 2009 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments übermittelt wurde, bezieht sich auf die Mitteilung der EU-Kommission „Außenmaßnahmen der EU: Ein besonderer Platz für Kinder“ vom 5. Februar 2008 und den ergänzenden „Action Plan on Children's Rights in External Action“.

Gegenüber den pauschalen Aussagen in den EU-Dokumenten betont das Forum „die Notwendigkeit einer differenzierenden Auseinandersetzung mit Kinderarbeit (...), da deren Ursachen, Formen und Folgen höchst unterschiedlich sind“. So seien zum Beispiel „die Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr junger indischer Kinder, die in Schuldknechtschaft arbeiten müssen - sei es in Kleinstbetrieben des verarbeitenden Gewerbes, sei es in der Landwirtschaft oder in privaten Haushalten - völlig anders als die von älteren Kindern, die zum Beispiel in lateinamerikanischen Ländern als Straßenhändlerinnen und -händler Geld verdienen, um sich einen Schulbesuch leisten zu können.“ Zudem seien viele Haushalte in armen Ländern „zumindest mittelfristig auf die Arbeit von Kindern angewiesen, um überleben zu können. Dies gilt in besonderem Maße für die meisten Länder in Afrika südlich der Sahara, hier sind 50 und mehr Prozent ihrer Bevölkerung Kinder und Jugendliche. Extreme Armut, unzureichende Bildungssysteme, Vertreibungen und kriegerische Auseinandersetzungen führen dazu, dass Kinder arbeiten müssen. Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung von Kindern müssen an den Ursachen der Ausbeutung ansetzen und dürfen sich nicht darauf beschränken, Verbote auszusprechen.“

In diesem Zusammenhang erinnert das NRO-Forum daran, dass die Zahl der Kinder, die sexuell ausgebeutet, in bewaffneten Konflikten missbraucht oder versklavt werden (unter Einschluss von Kinderhandel), erschreckend hoch ist. Allerdings - so das NRO-Forum in seiner Stellungnahme - „stellen diese kriminellen Verletzungen der Rechte des Kindes nicht den Regelfall dar. Denn rund 116 Millionen Kinder verrichten eine Arbeit, die nach den Kriterien des Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation nicht zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit zu zählen sind. Im Blick auf diese Kinder muss sehr genau geprüft werden, ob und auf welche Weise eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen so möglich ist, beziehungsweise ob strikte Verbote ihre Situation verschlechtern und sie verwundbarer gegenüber

Verletzungen ihrer Rechte machen. Besonders wichtig ist hierbei die Gewährleistung des Zuganges wenigstens zu Grundbildung für alle Kinder.“ Für viele Kinder und Jugendliche komme es vor allem darauf an, „ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass ihre Rechte nicht verletzt werden und sie in Würde arbeiten und leben können“.

Um das Recht auf Bildung umzusetzen, müsse „auch arbeitenden Kindern der Schulbesuch ermöglicht werden etwa durch eine Anpassung der Unterrichtszeiten. Werkstattschulen, die arbeitende Kinder stärken und sie bei der Selbstorganisation und der Produktivitätssteigerung und Vermarktung unterstützen, können dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche weniger verwundbar gegenüber Ausbeutung sind und dass sie sich sinnvolle Arbeit in ihren Heimatorten aufbauen. Solche Projekte sind vor allem auf dem Lande - dort arbeiten mehr als 70 Prozent aller weltweit arbeitenden Kinder - und im Blick auf Haushalte ohne erwachsene Mitglieder (*„child headed households“*) etwa in Afrika südlich der Sahara dringend erforderlich.“



Hinsichtlich handelspolitischer Maßnahmen erinnert das NRO-Forum daran, dass negative oder positive Anreize im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems im Sinne einer Sozialklausel (zum Beispiel: Förderung der Einfuhr von Erzeugnissen, die nicht von Kindern hergestellt wurden) nur in Grenzen zur Durchsetzung der Rechte des Kindes beitragen. „Von solchen Maßnahmen - wie effektiv und sinnvoll sie im Einzelnen auch

immer sein könnten - würde nur ein kleiner Teil der arbeitenden Kinder profitieren. Denn weltweit arbeiten in der exportorientierten Produktion (unter Einschluss der Landwirtschaft) weniger als fünf Prozent aller arbeitenden Kinder.“ Zugleich erinnert das NRO-Forum daran, dass in vielen Ländern ältere Kinder und Jugendliche in Selbstverwaltungsprojekten arbeiten, die Arbeit und Schulbesuch miteinander verbinden. So stellten Kinderkooperativen in Peru, Bolivien und Kolumbien zum Beispiel Postkarten oder T-Shirts her, die in alle Welt verkauft werden. „Die Einfuhr solcher Erzeugnisse etwa durch ‚Strafzölle‘ zu behindern, wäre mit Sicherheit kein Beitrag zur Förderung und zum Schutz der Rechte des Kindes. Solche Initiativen sollten hingegen ausdrücklich gefördert werden, da sie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder beitragen.“ M.L.

Weitere Informationen: www.forum-kinderarbeit.de